

ANTRAG

der Abgeordneten Pfister, Hundsmüller, Mag. Samwald, Razborcan, Mag.^a Renner, Rosenmaier, Mag.^a Scheele, Schindele, Schmidt, Mag.^a Suchan-Mayr, Weninger, Wiesinger und Windholz, MSc

betreffend: Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für Jugendliche am Lehrstellenmarkt

Die Covid-19-Pandemie hat zu einer dramatischen Entwicklung am österreichischen Arbeitsmarkt geführt. Ende März sind knapp 460.000 Menschen ohne Job und rund 490.000 Personen zur Kurzarbeit angemeldet. Besonders junge Menschen sind derzeit von Arbeitslosigkeit und Perspektivenlosigkeit betroffen. Jene Jugendlichen, die Fachkräfte von morgen sind (in Österreich entscheiden sich knapp 40 Prozent der Jugendlichen mit 15 Jahren für eine Lehrausbildung) haben es momentan schwer, eine Lehrstelle in einem Betrieb zu bekommen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen lassen auch einen Wegfall von weiteren Lehrstellen befürchten.

Mit Beginn dieses Jahres hatten in Niederösterreich 6.629 junge Menschen unter 25 keinen Job. Davon haben etwa 1.100 Personen über das Arbeitsmarktservice eine Lehrstelle gesucht und hinzu kommt noch eine erhebliche Anzahl an Lehrstellensuchenden, welche in Eigeninitiative einen Ausbildungsplatz suchen, welche statistisch nicht erfasst sind. Dem gegenüber standen 704 offene Lehrstellen laut dem Arbeitsmarktservice. Das Verhältnis dieser zwei Werte zeigt deutlich, dass die Verantwortlichen gefordert sind hier dringendst entgegenzusteuern.

Wer das Glück hat, doch noch eine Lehrstelle im Betrieb gefunden zu haben, wird manche Corona-bedingt notwendige Maßnahme seitens der Bundesregierung vermissen: Für den Distanz-Unterricht der Berufsschulen während der Schul-Lockdowns hatten viele keine passenden digitalen Geräte, es fehlten FFP2-Masken für die Lehrlinge in der Berufsschule. Und während es für die anderen Schulen ein eigenes Förderbudget gibt, um im Schul-Lockdown Versäumtes nachzuholen, ist das für die Berufsschulen nicht vorgesehen.

Die Auswirkungen fehlender Chancen auf eine Ausbildung sind massiv. Arbeitslos zu sein, bedeutet nicht nur einen kurzfristigen Verdienstaufschlag, sondern zeigt auch langfristige Folgen – auch nach 10 Jahren ist der Einkommensverlust noch immer zu spüren. Nichts ist schlimmer und demotivierender als gleich zu Beginn des Arbeitslebens mit Arbeitslosigkeit konfrontiert zu werden.

Lehrlinge wurden im Krisenmanagement der Bundesregierung kaum berücksichtigt und drohen zu einer vergessenen Generation zu werden. Das bestätigt auch die unlängst veröffentlichte Ö3-Jugendstudie, in der 79 Prozent der 16 und 17-jährigen Berufstätigen angeben, dass die Politik bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie die Probleme der jungen Generation nicht berücksichtigt. Insbesondere Jugendliche leiden unter eingeschränkten Kontakten und sind einer hohen psychischen Belastung ausgesetzt.

Schon jetzt müssen Maßnahmen für mehr Lehrstellen gesetzt werden, um die Lage am Lehrstellenmarkt zu verbessern. Dafür ist es einerseits notwendig, dass alle Lehrlinge in der vorgesehenen Lehrzeit ihre Lehre abschließen können. Gleichzeitig muss auch allen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten werden. Auch junge Arbeitslose müssen ausreichend Unterstützung bekommen – zum Beispiel die Möglichkeit, einen Lehrabschluss nachzuholen, um die Einstiegschancen in eine Beschäftigung zu erhöhen.

Der Niederösterreichische Landtag bekennt sich zur Verbesserung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Sicherstellung von Bildung und Ausbildung aller Jugendlichen. Daher fordert der Niederösterreichische Landtag die Bundesregierung dazu auf notwendige Schritte zur Verbesserung der Situation für Jugendliche am Lehrstellenmarkt zu setzen und eine Sicherstellung von Bildung und Ausbildung zu garantieren. Dies unter anderem durch:

- **Ausbildungsgarantie bis 25**
Die Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre muss wiedereingeführt werden, da junge Menschen, welche ausschließlich über einen Pflichtschulabschluss verfügen, vergleichsmäßig öfters von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Diese Maßnahme qualifiziert junge Menschen für den Arbeitsmarkt, gibt ihnen eine Perspektive und kann aufgrund der sich verändernden Arbeitswelt einen wesentlichen Beitrag zum Fachkräftemangel beitragen.
- **Aufstockung der Ausbildungsplätze im staatlichen und staatsnahen Bereich.**
Sowohl der Bund sowie Länder und Gemeinden haben die gesellschaftliche Verpflichtung für die Erstausbildung von Jugendlichen zu sorgen.
- **Verpflichtung des Bundes zur Übernahme der Kosten von neu geschaffenen Lehrstellen in Gemeinden.**
Die Gemeinden sind der Wirtschaftsmotor der Region und tragen zur Aufwertung des ländlichen Raumes wesentlich bei. Umso wichtiger ist es die über 2.000 Kommunen bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen und seitens des Bundes 10.000 Lehrstellen zu finanzieren.

- Ausdehnung der gesetzlichen Weiterbeschäftigungszeit gemäß Berufsausbildungsgesetz von drei auf sechs Monate.
Die Erhöhung führt zur besseren Absicherung nach dem Abschluss der Lehrausbildung und gewährleistet eine längere Zeit im Betrieb, um Erfahrungen zu sammeln und damit eine bessere Chance am Arbeitsmarkt zu haben.
- Erweitertes psychosoziales Angebot für Lehrlinge an den Berufsschulen und in den Betrieben. Aufgrund der Covid-19-Pandemie leiden immer mehr Jugendliche an psychosozialen Problemen. Dies ist mehreren Faktoren geschuldet. Einerseits in der unmittelbaren Lebenswelt der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen andererseits die unmittelbaren Auswirkungen auf den Alltag hinsichtlich „Zukunftsängste“. Dies ist besonders für Jugendliche für ihr tägliches tun im Alltag relevant.
- Freistellung vom Betrieb für Lerntage, die die Lehrlinge beispielsweise zusätzlich in der Berufsschule oder in anderen Kursmaßnahmen zum Nachholen und Festigen des Lernstoffs nutzen können.
- Unterstützung der BerufsschülerInnen, um sich auf die Lehrabschlussprüfung vorbereiten zu können, um Lernrückstände aufholen zu können, die sowohl die praktischen als auch die theoretischen Unterrichtsfächer betreffen können.
- Aufhebung der Halbierung der Ausbildungsbeihilfe in der Überbetrieblichen Ausbildung für über 19-Jährige
Seit 2018 verdienen Auszubildende über 19 Jahre nur noch die Hälfte der ursprünglichen Ausbildungsbeihilfe. Die Kürzung führt seitdem dazu, dass Ausbildungsverhältnisse frühzeitig beendet werden und diese Personen bestenfalls in Hilfsjobs landen.
- Fortführung des Lehrlingsbonus – erweitern bis 2022
Mit der Einführung eines bundesweiten Lehrlingsbonus konnten Ausbildungsbetriebe eine Förderung von 2.000 Euro pro neu aufgenommenen Lehrling zw. Kleinst- und Kleinunternehmer einen Zusatzbonus von max. 1.000 Euro beantragen, weshalb der Rückgang an Lehrstellen verlangsamt werden konnte.
- Verankerung digitaler Inhalte in Lehrplänen
Speziell bei Lehrberufen, die mit wenig digitalen Arbeits- und Hilfsmitteln arbeiten und Aufbau eines dauerhaften IT-Equipment Ausleihsystems, insbesondere für Lehrlingen aus sozial benachteiligten Familien.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert,

1. an die Bundesregierung heranzutreten und sich dafür einzusetzen, dass diese die im angeführten Maßnahmenpaket genannten Forderungen zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit und des Fachkräftemangels ein umfassendes Paket ausarbeitet und die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden und
2. die für die Forderungspunkte erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Landeskompetenzen zu setzen, dies insbesondere durch entsprechende Unterstützung der Gemeinden, welche bereit sind, Lehrlinge aufzunehmen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.